

Politik

INTERVIEW

"Verkrustete Strukturen brechen endlich auf"



Foto: dpa

Massenproteste in Kairo: In Ägypten haben sich in den letzten Jahren neue soziale Bewegungen herausgebildet.



Das Gespräch führte Martina Doering

Nach Tunis nun Kairo: Muriel Asseburg, Nahost-Expertin der Stiftung Wissenschaft und Politik Berlin, zu den Perspektiven der Massenproteste im arabischen Raum.

Frau Asseburg, die Ereignisse in Tunesien haben auch in anderen arabischen Staaten Proteste ausgelöst. Aber die Verhältnisse in dieser Region sind sehr

verschieden. Wird Tunesien ein Einzelfall bleiben?

Das Ende der arabischen Autokratien steht nicht unmittelbar bevor. Dennoch werden – vor dem Hintergrund ähnlicher Probleme wie hoher Jugendarbeitslosigkeit, Perspektivlosigkeit und politischer Repression – auch in anderen Ländern der Region die Proteste zunehmen. Dabei spielt auch eine Rolle, dass junge Menschen sich heute über elektronische Medien zeitnah über Entwicklungen auf dem Laufenden halten und sich über soziale Netzwerke und Mobiltelefone schnell, kostengünstig und effektiv organisieren und mobilisieren können. Das bedeutet aber nicht zwingend, dass die Entwicklungen gemäß dem tunesischen Szenario verlaufen. Vor allem lässt sich nicht voraussagen, wann und unter welchen Umständen psychologische Barrieren fallen und die Bevölkerungen ihre Angst vor der Staatsgewalt verlieren. Aber: Verkrustete Strukturen brechen endlich auf

Tragen Mitteklasse und Akademiker die Aufstände allein?

Nein. In Ägypten zum Beispiel haben sich in den letzten Jahren auch neue soziale Bewegungen herausgebildet, insbesondere formierten sich

Berufsverbände und Arbeiterzusammenschlüsse, die gegen die Auswirkungen der Wirtschaftsreformen und die Lebens- und Arbeitsbedingungen protestierten. Bemerkenswert ist, dass es derzeit in Tunesien, Jordanien oder Ägypten weder die Islamisten noch das Ausland sind, die die Proteste tragen. Die Proteste basieren auf einem großen gesellschaftlichen Konsens, der soziale Forderungen mit einem Aufschrei gegen Korruption, die Selbstbereicherung von Eliten und die Willkür der Sicherheitsapparate verbindet.

Welche Rolle spielen Sicherheitsapparat und Militär?

Der Sicherheitsapparat – in einigen Fällen eher die Präsidentengarde und die Gendarmerie – ist in der Regel eine der wichtigsten Stützen der Regime. Wie loyal sie sich angesichts von Massendemonstrationen zum jeweiligen Machthaber verhalten, wird von Land zu Land unterschiedlich sein. In Tunesien etwa weigerte sich der Armeechef, auf die Demonstranten zu schießen, und er war es, der den Präsidenten letztlich zur Ausreise bewegte.

Autoritäre Strukturen haben in allen arabischen Ländern die Ausbildung einer Opposition verhindert. Gibt es politische Kräfte, die ein Machtvakuum füllen können?

Die Massenproteste in Ägypten und anderen arabischen Ländern werden nicht von den oppositionellen Parteien und Bewegungen angeführt. Dahinter steht vielmehr die Frustration in weiten Kreisen der Bevölkerung, dass sich durch einen politischen Prozess keine Veränderung erreichen lassen – nicht zuletzt, weil Wahlen massiv manipuliert oder gefälscht werden. Allerdings sollten wir auch sehen, dass es den Protestierenden nicht darum geht, die jetzigen Herrscher möglichst rasch durch neue zu ersetzen. Es geht ihnen um einen grundlegenden Wandel der Gesellschaft.

Aus westlicher Sicht knüpft sich an die Proteste – vereinfacht ausgedrückt– die Hoffnung, dass sich die Demokratie durchsetzt.

Umstürze garantieren keineswegs den Übergang zu repräsentativeren und gerechteren politischen Systemen. Denn nur wenige arabische Gesellschaften weisen dafür relativ gute Voraussetzungen auf, wie es in Tunesien der Fall ist. Es besteht durchaus die Gefahr von Störmanövern. Dennoch bieten diese Proteste eine große Chance für positive Veränderungen, die der Westen nicht ungenutzt verstreichen lassen sollte.

Was sollte der Westen aus den aktuellen Ereignissen lernen?

Vor allem, dass die enge Kooperation mit Diktatoren wie mit Ben Ali und Mubarak keine Garantie für nachhaltige Stabilität ist. Die Europäer sollten sich auf den ursprünglichen Ansatz der Euro-Mediterranen Partnerschaft rückbesinnen, nämlich langfristige Stabilität durch eine graduelle wirtschaftliche und politische Öffnung anzustreben. Die EU hat jetzt ihre Unterstützung für einen demokratischen Übergang in Tunesien angekündigt, also Hilfe bei der Justizreform und der Abhaltung demokratischer Wahlen. Aber die EU darf dabei nicht alte Fehler wiederholen. So ist die Konzentration auf formale Institutionen und Prozesse nur sinnvoll, wenn umfassende politische Freiheiten gegeben sind, Parteienbildung möglich und Chancengleichheit gewährleistet ist. Alle Kräfte – inklusive der bislang exilierten moderaten tunesischen Islamisten – müssen sich beteiligen dürfen.

Berliner Zeitung, 28.01.2011